

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.
Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

N^o 95.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den
andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf.,
zweimonatlich 1 R. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

34. Jahrgang.
Mittwoch, den 26. April.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenom-
men und beträgt der Preis für die gepaltene Zeile
oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

Nachbestellungen

auf den „Freiberger Anzeiger und Tageblatt“
für die Monate

Mai und Juni

werden von sämtlichen Postanstalten wie von der
unterzeichneten Expedition und den bekannten Aus-
gabestellen in Freiberg, Brand, Langenau, Halsbrüde,
Langhennersdorf und Weizendorf zum Preise von
1 R. 50 Pf. angenommen.

Exped. des „Freib. Anzeiger u. Tageblatt“.

Die Auswanderung nach Amerika.

Der vor Kurzem erschienene Jahresbericht der „Deutschen
Gesellschaft der Stadt Newyork für das Jahr 1881“, welcher
auf's Neue vollgiltige Beweise für die rühmliche Thätig-
keit dieser segensreich wirkenden Gesellschaft liefert, enthält
neben den spezielleren Angaben über die Wirksamkeit der-
selben und der von ihr in's Leben gerufenen Institute
auch interessante Mittheilungen über die Einwanderung
in Nordamerika überhaupt. Wir dürfen wohl auf die
Zustimmung unserer Leser rechnen, wenn wir Einiges
herausgreifen.

Die Gesamt-Einwanderung, welche die Vereinigten
Staaten Nordamerika's im Jahre 1881 aufnahmen, belief
sich auf 716828 Köpfe. Davon kamen aus Deutschland
248333 Personen, also mehr als ein Drittel der Gesamt-
Einwanderung! Neben dieser riesigen Ziffer kann eigent-
lich nur die Einwanderung aus England und Irland in
Betracht kommen, alle anderen Länder treten völlig in
den Hintergrund. Es kamen: aus England und Wales
77750, aus Irland 70896, aus Schottland 16441 Per-
sonen; ferner aus Kanada 94159, aus Schweden 55806,
aus Norwegen 26824, aus China 20628, aus Oesterreich
19667 Personen. Die anderen Länder waren nur un-
wesentlich an der Einwanderung betheiligt. Dabei ist
allerdings zu bemerken, daß die Zahl der aus Kanada
Eingewanderten auch eine große Anzahl europäischer Ein-
wanderer in sich begreift, welche im Hafen dieses Landes
einliefen und erst von da aus das Gebiet der Vereinigten
Staaten aufsuchten.

Von den deutschen Einwanderern landete der weitaus
größte Theil (198933) im Hafen von Newyork; und
zwar fuhren 6254 in Kajüten und 192679 im Zwischendeck.
Der Hafen von Newyork hat noch in keinem Jahre
so viele deutsche Einwanderer ankommen sehen, als im
Jahre 1881. In den letzten zehn Jahren landeten in
Newyork insgesamt 694761 Deutsche; mithin kam im
vergangenen Jahre beinahe ein Drittel dieser Gesamt-
summe in Newyork an. Selbst die bis dahin höchste
Ziffer der deutschen Einwanderung — 128030 im Jahre
1872 — wird von dieser Ziffer des Jahres 1881 noch
weit übertroffen.

Von den 455681 Personen aus allen Ländern, die
überhaupt in Newyork landeten, blieb etwa ein Drittel
zunächst in der Hafenstadt; doch wird vermuthlich von
dieser großen Zahl schon nach kurzer Zeit ein beträcht-
licher Theil weiter gereist sein, um sich anderwärts nieder-
zulassen, so daß der scheinbar bedeutende Zuwachs von
Newyork sich erheblich vermindert. Nächst dieser Stadt
wurden Illinois und Pennsylvania von den meisten Ein-
wanderern als Reiseziel angegeben; ersterer Staat wurde
von 54461, letzterer von 45116 Personen aufgesucht.
Hiernauf folgen noch Ohio, Michigan, Wisconsin, Minne-
sota, Iowa, New-Jersey, Massachusetts mit ansehnlichen
Einwanderungs-Ziffern.

Der Prozentsatz der Deutschen zur Gesamtbevölkerung
hat in den letzten zehn Jahren in St. Louis, Newyork
und Philadelphia etwas abgenommen. In St. Louis

kommt jetzt 1 Deutscher auf 6,38, in Newyork auf 7,38,
in Philadelphia auf 15,19 Einwohner, wobei die im
Lande geborenen Kinder deutscher Eltern jedoch als
Amerikaner gezählt sind. Der Bericht hebt hervor, daß
die deutsche Einwanderung sich eben weniger den größeren
Städten als dem Lande zugewendet hat und nennt Mil-
waukee und Cincinnati als verhältnismäßig die bedeu-
tendsten deutschen Städte der Union, noch vor St. Louis.

Was die Aussichten der Einwanderer anlangt, so ist
zunächst bemerkenswerth, daß die „Deutsche Gesellschaft
der Stadt Newyork“ die Betheiligung an der Gründung
eines Vereins zum Schutze weiblicher Einwanderung,
speziell von Gouvernanten und Lehrerinnen, abgelehnt
hat. „Die einzige Art weiblicher Einwanderung, welche
wir befürworten, ist die von Mädchen und Frauen, die
fähig und willens sind, die gewöhnlichen Haus-
arbeiten zu übernehmen, nicht allein in den größeren
Städten, sondern auch auf dem Lande in der Nachbar-
schaft unserer Städte.“ Im Uebrigen warnt der Bericht
eindringlich vor jeder „unüberlegten Auswanderung mit
der Erwartung, in Amerika ein leichtes und sicheres Fort-
kommen zu finden. Der Auswanderer sollte sich in dieser
Hinsicht keinen Illusionen ergeben, vielmehr im Auge be-
halten, daß selbst bei den bemittelten deutschen Einwan-
derern die Früchte ihrer Arbeit dort in vielen Fällen erst
ihren Kindern zu Gute kommen werden.“

An einer anderen Stelle sagt der Bericht: „Es ist
Thatsache, daß die Ernterträge des Jahres 1881 den
Erwartungen nicht entsprochen haben und daß sich bei
den Stapel-Artikeln — Weizen, Mais, Baumwolle, Tabak
— eine bedeutende Abnahme zeigt. Darin ist vielleicht
das erste Anzeichen zu sehen, daß wir nach einer Reihe
von Jahren außerordentlicher Prosperität auf weniger
günstige Zeiten vorbereitet sein müssen.“ — Das schreiben
unsere deutschen Landsleute in Newyork, welche durch die
That beweisen, daß ihnen das Wohlergehen der deutschen
Einwanderer am Herzen liegt und die am besten in der
Lage sind, sich ein Urtheil über die Dinge in Amerika
zu bilden.

Tageschau.

Freiberg, 25. April.

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung,
welche circa 4 Stunden dauerte, die Vorlage betreffend
die Einführung des Reichs-Tabakmonopols mit
36 gegen 22 Stimmen angenommen. Einzelne von
den vorberatenden Ausschüssen beantragte Abänderungen
sahen die Zustimmung der Mehrheit, im Wesentlichen
wurde jedoch die Regierungsvorlage wieder hergestellt.
Man hatte allerdings wohl dieses Resultat, nicht aber
die große Majorität erwartet, mit welcher der Entwurf
Annahme fand. Hätte man die Regierungen sich selbst
überlassen, so würde die Ablehnung des Entwurfs auch im
Bundesrathe sicher gewesen sein. Fürst Bismarck aber,
der denselben unter allen Umständen vor den Reichstag
bringen möchte, bot seinen ganzen Einfluß, sein volles
diplomatisches Geschick auf, um die widerhaarigen Regie-
rungen umzustimmen. Unter den Regierungen, welche
gegen den Entwurf stimmten, befinden sich Baiern 6, Hessen 3, außer-
dem Sachsen mit 4, Baden mit 3 Stimmen,
Bremen und Hamburg mit je einer Stimme. —
Inzwischen nimmt die Agitation gegen das Monopol
ihren ungeführten Fortgang und die Gründlichkeit und der
Scharfsinn der Deutschen finden allwöchentlich neue Argu-
mente. So hat man sich neuerdings erinnert, daß mit
Inkrafttreten des Gesetzes auch eine Reihe von blühenden
Hilfsindustrien zu Grunde gehen würden, welche die
Zigarrenfabrikation, die Kistenmängel, die Strickerei
darunter zu Grunde gehen würde und schließlich
auch die Einnahmen der Postverwaltung sich verringern
müßten. In der That kann die Monopolverwaltung nur
in großen Quantitäten und in einfacher Weise die
Fabrikate verpacken und versenden. Jetzt hält man es
auch für in hohem Grade zweifelhaft, ob nach Einführung

des Monopols die Regie die Arbeit sofort wird aufnehmen
können, ob sie nicht gezwungen sein dürfte, ein bis zwei
Jahre zu pausiren, und zwar aus dem Grunde, weil die
Monopolverwaltung am Tage der Einführung des Tabak-
monopols in Deutschland so kolossale Vorräthe von
fertiger Waare zu übernehmen hat, daß sie mit der
Fabrikation warten muß, bis der Bestand wieder auf ein
normales Maß zurückgebracht sein wird. Es kann — so
jagt man — also von einem Betrieb in dem in Aussicht
genommenen Umfang in den ersten zwei Jahren wohl
keine Rede sein; versucht die Regie-Verwaltung einen
solchen, so wird sie nach wenigen Wochen, spätestens nach
3 Monaten, aufhören müssen. Dann werden die
Arbeiter entlassen, ohne daß sie den geringsten
Anspruch auf Entschädigung haben. Auch dieser
Punkt ist von den Autoren des Monopolentwurfs that-
sächlich vollständig unbeachtet gelassen worden. Die Materie
ist eben eine zu schwierige, um Alles zu übersehen und
alle Konsequenzen vorherzusehen.

In Bezug auf die gestern gleichfalls stattgehabte Ple-
narsitzung des Bundesrathes über die Novelle zur Ge-
werbeordnung hören Berliner Blätter, daß diese nebst den
Anträgen Baierns angenommen wurde, nur der Antrag
betreffend die Arbeitsbücher wurde abgelehnt. —
Aus der Umgebung des Kaisers verlautet, daß dem
Monarchen der Aufenthalt in Wiesbaden vortreflich zu-
geht und die Indisposition der letzten Wochen gänzlich
geschwunden ist. Der Kaiser wird erst in der zweiten
Wochenende in Berlin zurück erwartet; Bestimmungen bezüg-
lich der Baderkuren in Ems und Gastein sind noch vorbehalten.
— Die Reichstagsöffnung findet am 27. d. M. Nachmittags
2 Uhr im Sitzungssaale des Reichstagsgebäudes statt.
— Die „Elsaß-Lothringische Zeitung“ veröffentlicht eine
Allerhöchste Verordnung, datirt Wiesbaden 21. April, von
5 Paragraphen, wodurch zur Beaufsichtigung und Leitung
des gesammten höheren und niederen Unterrichtswesens,
mit Ausnahme der Universität und der landwirthschaft-
lichen und gewerblichen Fachlehranstalten, eine mit dem
Ministerium in Verbindung stehende technische Zentral-
behörde mit dem „Oberschulrath“ gebildet wird. Mit dem
Zuslebetreten des Oberschulraths hört die Unterrichts-
abtheilung des Ministeriums auf zu bestehen. Die ge-
nannte Zeitung publizirt ferner einen Erlaß des Statt-
halters an den Staatssekretär vom 11. d. M., der sich
über die Aufgaben des Oberschulraths ausspricht und die
Grundzüge für die Revision des bis jetzt geltenden Regle-
ments vom 10. Juli 1873 betreffs der höheren Schulen
in philologischer und pädagogischer Hinsicht aufstellt. Eine
medizinische Fachkommission soll ein motivirtes Gutachten
darüber abgeben, wieweit die Einrichtung des höheren
Schulwesens den Grundsätzen der medizinischen Wissen-
schaft dem Interesse der physischen und psychischen Ent-
wickelung entspricht. Auf Grund dieses Gutachtens wird
der Oberschulrath prüfen, wie die für den Unterricht und
die häuslichen Arbeiten zugehörige Zeit am zweckmäßigsten
auszunutzen ist, und hiernach einen Entwurf zu neuen Re-
gulationen ausarbeiten. Der vom Oberschulrath aufgestellte
Entwurf der revidirten Regulative wird einer ad hoc be-
rufenen Kommission, aus hervorragenden Männern des
Landes bestehend, vorgelegt.

Die österreichische Delegation beschloß gegenüber dem
zweimillionigen Abstrich seitens der ungarischen Delegation,
auf der Bewilligung des vollen, von der Regierung ver-
langten Credits zu beharren, nachdem der Referent und
der Kriegsminister die volle Ziffer eingehend bekräftigt
hatten. Die ungarische Delegation beharrt gleichfalls auf
ihrem Abstrich. Heute finden Sitzungen beider Delega-
tionen statt. — Im Eisenbahnausschusse erklärte der Fi-
nanzminister, er gedenke die Kosten der projektirten Bahn-
bauten durch eine Kreditoperation zu decken. — Wie
schon erwähnt, begann gestern in Wien nach Verlegung
der Anklageschrift das Verhör der Angeklagten im Ring-
theater-Prozeß. Theaterdirektor Zauner erklärt sich für
nicht schuldig; er habe den Zuschauerraum des verfehlt
angelegten, in einem desolaten Zustande vorgefundenen
Theaters zur Hälfte auf eigene Kosten umändern, die
vierte Galerie und die labyrinthartigen Gänge abschaffen
wollen, habe aber dazu nicht die Bewilligung des
Eigenthümers erhalten. Zauner führt sodann Fälle
auf, womit er seine jederzeitige Umsicht darzutun sucht,
so bei der Einführung des neuen Heizapparates und bei
einem früheren blinden Feuerlärm; er habe erst den Brand
des Theaters erfahren, als es bereits in Flammen ge-